Rektorat der
J. W. Goethe-Universität
Mertonstr.

Az.: 08/15 -44 -69

KEINE GIFTGASPRODUKTION FÜR SPEZIFISC H MILITÄRISCHE ZWECKE AN FRANKFURTER UNIVERISTÄT

Das Rektoratteilt mit:

Der Frankfurter Ordinarienuniversität feindlich gesinnte Kräfte behaupten wahrheitswidrig unsere Universität betriebe sogenannte "Kriegsforschung" für das Pentagon.

Dazu ist im einzelnen zu sagen, daß das von naturwissenschaftlichen Instituten entwickelte Zyklon B von größtem allgemeinen medizinisch-hygienischen Interesse ist, der jedes spezifisch militärischen Hintergrundes entbehrt. Zyklon B wird zur Schädlingsbekämpfung eingesetzt und dient so der Lösung einer der großen Fragen unserer Zeit: Hunger in der dritten Welt. Auf diese Weise zusätzliche Forschungsmittel zu erhalten, mußte daher wegen der schlechten Finanzlage der Institute wahrgenommen werden. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter haben die Problematik "Zyklon B" selbst als Arbeitsthema gewählt.

Das Weitertragen dieser Gerüchte über angebliche "Kriegsforschung" an unserer Universität stellt weitere Brunnenvergiftung dar.

RÜEGG

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

9. Juli 1969

GENOSSEN SOLIDARISIERT EUCH MIT DEM KAMPF DER SOZ-VORDIPLOMANDEN!!!

Leistet massiven Widerstand gegen den von Rüeeg bereits angeforderten militanten Polizeieinsatz am Montag den I4.7. IO Uhr, Hörsaal I (Dienstag I5.7. VWL - Klausur, IO Uhr Hörsaal I; Mittwoch I6.7. Statistik -Klausur, IO Uhr Hörsaal I).

Um den ordnungsgemäßen Verlauf der Klausuren zu gewährleisten hat Rüeeg: I. Polizeieinsatz beordert

II. zwei seiner Spitzel beauftragt Ausweiskontrolle durchzuführen und Aufsicht während der Klausuren zu führen, um Diskussionsteilnehmer zu registrieren und bei Weiterführung der Diskussion die Polizei anzuweisen einzugreifen.

III. die Assistenten gezwungen eine Dienstanweisung zu unterschreiben: sich strikt an die Vorschriften der Prüfungsaufsicht zu halten, d.h. z.B. daß sie die Nahmen der "Störer" = Diskussionsteilnehmer angeben müssen.

Schüttes Forderung: "an den Vordiplomanden solle ein exemplarischer Fall statuiert werden", hat Rüeeg auf das Sorgfältigste vorbereitet und organisiert.

KÄMPFT MIT UNS GEGEN DEN PRÜFUNGSTERROR!!!!

KOMMT MASSENHAFT!!!!

WIDERSETZT EUCH MIT UNS GEMEINSAM DER GEPLANTEN VOLLSTRECKUNG DIESES " EXEMPLARISCHEN FALLS " !!!!!!!!!

kampfgruppe der vordiplomanden

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

11. Juli 1969

Justiz-Info 6

Tagesbefehl: DAS VORDIPLOM DER SOZIOLOGEN IST DAS DIEN BIENH PHU VON FRIEDEBURG

Nicht nur die Soziologen haben Prüfungsangst. Damit sie sie behalten, kommt am Montag die bewaffnete Staatsmacht, um das schwachsinnige Vordiplom, die Kontrolle individuellen Anpaßtseins an die industriellen Leistungsnormen, zu schützen.

Die Juristen stehen noch mehr vom ersten Tag ihres Studiums an über ihren Aufenthalt auf dem Paukboden des Repetitors hin bis zum Staatsexamen unter dem gleichen Zwang: Scheine (ans Examen denken), gute Noten (ans Examen denken), nicht so viel vögeln (ans Examen denken) .....

Wir reden von Berufsperspektiven, den Verwertungsprozessen von Wissenschaft im Spätkapitalismus - und da soll, öffentlich und unheimlich, aber in geschlossenen Räumen, die Disziplinierung der Soziologen verwaltungsmäßig vollzogen werden; da sollen diejenigen, die kritische Wissenschaft zu studieren den Anschein erwecken, den Nachweis führen, daß diese Wissenschaft nur in der Klausur stattfindet, im stillen Hörsaal voll Einsamkeit und Freiheit.

Diese Art Kritik ist keine Waffe mehr, die Kritik der Waffen muß sie erst auf ihren Begriff bringen!

Darum Kompromißvorschlag der Kampfgruppe Jura:

1. Statt Klausuren ein Seminar über Waffenanwendung mit praktischen Übungen (Mo, 14.7. bis Mi, 16.7.1969)
2. Verhandlungsbeginn: Montag, 10^{00} Uhr, Hörsaal I
3. Geplanter Waffenstillstand: Mittwoch, 16.7.1969, genauer Zeitpunkt noch ungewiß (Hörsaal I - voraussichtlich!)

DAS VORDIPLOM DER SOZIOLOGEN IST DIE FORTSETZUNG DER REPRESSION MIT ALTBEKANNTEN MITTELN. WIR SOLLTEN DAGEGEN NEUE MITTEL ERPROBEN!

KAMPFGRUPPE JURA

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

14. Juli 1969

Basisgruppe Germanistik - Fachschaft - Basisgruppe Germanistik - Basis

"Einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger geben eine Faust ..."

Was bei den Germanisten geschehen ist :

Durch deises paper sollen zunächst einige Zwecklügen von Seiten der "liberalen Öffentlichkeit", die die Aktionen der Studenten kriminalisieren, aufgedeckt und korrigiert werden, außerdem, und dies ist die wichtigere FFunktion des papers, sollen kurzfristige und langfristige Perspektiven für eine sozalistische Praxis angegeben werden.
Zur Darstellung der Fakten über die Festnahme der 48 Germanisten kann die Strafanzeige Rüeggs dienen: "Etwa gegen 1448 h beschloß die VV , das Geranistische Institut von Prof. Brackert, Jügelstr., aufzusuchen und mit Herrn Prof. Brackret und dessen Assistenten zu diskutieren. Die Institutstüre war geschlossen und die Rollos heruntergelassen, da eine entsprechende Aktion nach Informationen der Institutsangehörigen bevorstehen sollte."
Hier zeigt sich, daß im Bewußtsein der Bürokraten die Kriminalisierung der Studentenbewegung schon soweit fortgeschritten ist, daß ohne jegliche Bedenken Polizeimaßnahmenheute schon an der Tagesordnung sind. Wir denken nicht daran, uns der verlogenen Interpretation zu beugen, daß in unserem Recht auf Diskussionen eine kalkuliete Provokation liegt; vielmehr haben die Assistenten die Studenten kalkuliert provoziert, die sehr wohl wußten, daß wir die Tür öffnen würden, wenn sie sie schließen. Indem die Lehrenden die Studenten ausgesperrt haben, haben sie ihr Recht verteidigt, nichts als sprachlose Funktionsträger der Wissensfabrik zu sein. Indem wir das Seminar betreten haben, haben wir das Recht der Studenten auf ihre Produktionsmittel geltend gemacht.
Es hat sich wider einmal erwiesen, daß auf der Ebene der Institution keine verbindliche Diskussion mehr zu führen ist. Selbst der Versuch, die Lehrenden als Funktionsträger innerhalb der Wissensverwerteung zur demokratischen Legitimation zu bewegen, zu der sie innerhalb der VV nicht mehr bereit sind (von See: ;"Ich habe es nicht nötig, mich vor den Studenten zu rechtfertigen...") , wird als Störung und "schwerere Hausfriedensbruch" interpretiert. Jene, die diese Diskusion auf durchaus friedliche Weise (go-in in die Villa Stern) erzwingen wollten, werden alv Aktionisten und Störer denunziert und mit Polizeigewalt elininiert. Damit wird exemplarisch der Zutsand einer ordnungsrechtlich abgesicherten Hochschule vorweg genommen: jede Aktivität, die über die bewußtlose Reproduktion desherrschenden Wissenschaftsbetriebs hinausgeht und ihn infragestellt, soll in einem automazischen Zusammenspiel von Universitätsbürokratie und Polizei kriminalisiert und unterdrückt werden.
Das hatten wir begriffen, als wir am Freitag ein teach-in über die Ereignisse des Vortags veranstalteten. Selbstverständlich werden die Politeigermanisten aus der Jügelstraße nachträglich ihr Vorgehen vom Donnerstag mit der "hit and run"

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Aktion vom Freitag rechtfertigen. Sie werden nicht begreifen, daß diese Aktionsform eine Konsequenz, nicht nur der Gewaltmaßnahmen vom Vortag waren, sondern aus der Gesamtentwicklung der letzten Monaten resultieren.(Versuchten nicht Rüegg, Brackert und seine Gang, kaum daß sie die studentische Opposition zu Beginn der letzten Ferien und des SSs abgeschlafft wähnten, unsere Organisation zu illegalisieren, wurden nicht gerade in einer Phase der Ruhe gezielte Strafanträge gegen Genossen gestellt?!!!) Wir müssen also lernen, wie wir diese Gewalt unterlaufen und wirksam beantworten können. Bestimmt nicht, indem wir uns mit der Polizei rumprügeln: vielmehr, indem wir uns an die Verantwortlichen selbst, an die Schreibtischtäter, wenden.

W e n n w i r u n s i n d i e s e r U n i n i c h t m e h r o r g a n i s i e r e n d ü r f e n , o h n e d a ß p o s t w e n d e n d d i e b e k a n n t e n p e n e t r a n t e n S i r e n e n l o s h e u l e n , d a n n s o l l e n a u c h a n d e r e d i e s e s G e r ä u s c h f ü r c h t e n l e r n e n .

W i r f o r d e r r :

1. Die Lehrenden unterschreiben die Resolution der VV vom 26.6. gegen das Ordnungrecht.
2. Die Anzeige gegen die 48 Verhafteten Germanisten wird sofort zurückgezogen.
3. Einstellung aller Lehrveranstaltungen des Germanistischen Instituts bis zur nächsten VV, Freigabe aller Institutsräume für die Durchführung studentisher Arbeitsgruppen
4. Brackert, Schlosser, Frey und Seitz werden bis zum Semesterende keine Veranstaltungen mehr durchführen; werden sie es dennoch versuchen, werden wir sie daran hindern.
5. Ende der nächsten Woche findet eine VV statt. (Woche vom 30. 6. bis 6. 7.)

W A S W I R A U S D E R P O L I Z E I A K T I O N G E L E R N T H A B E N

SYNDIKALISMUS ODER KOLLEKTIVE SELBSTHILFE ?

Die Germanistik ist ein Studium, das nicht einmal dazu taugt, die Welt zu interpretieren, geschweige denn, sie zu verändern. Diese reaktionäre Wissenschaft läßt sich nur zu reaktionärer Praxis brauchen: zur geplanten kulturellen Unterentwicklung. Die "Politisierung der Germanistik" ist bloß eine fade Verkleidung, unter der die Germanistik das Klasseninstrument der Bourgeoisie bleibt, während die Kulturrevolution sich als Revolution ~~xxxxx~~ durch Kultur in den Köpfen akademischer Kleinbürger abspielt. Diese Wissenschaft muß uns nur soweit interessieren, wie sich die bürgerliche Erwerbsgesellschaft für sie interessiert: zur Produktion von Lehrern. Sie sollen die Sozialtechniken zur Deformierung von Charakteren, die sie auf der Hochschule erlernt haben, auf der Schule praktizieren, um die alte Unvernunft von autoritativem Befehl und autoriterem Gehorsam aufrechtzuerhalten. Was sie darüber hinaus über den "Ackermann von Böhmen", die Zweite Lautverschiebung und den "Wilhelm Meister" gelernt haben, ist für die Berufspraxis schlechthin irrelevant.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Für unsere Strategie bedeutet das,daß wir die Parole LERNT WAS IHR WOLLT - LERNT NICHT MEHR DAS ,WAS IHR NICHT LERNEN WOLLT energisch berichtigen müssen.Wir werden uns auf lange Zeit auf ei ne rigide Trennung von Studium und vernünftiger Praxis einrichten müssen.Das heißt,daß wir ein System KOLLEKTIVER SELBSTHILFE aufzubauen haben,in dem wir die Studienanforderungen zur Erreichung der Berufslizenz auf die billigste Weise absolvieren,um möglichst viel Zeit für Vernünftige Praxis und die Aneignung brauchbaren W Wissens(Schulung)zu gewinnen.

Die Praxis der Basisgruppe,die schon jetzt gemeinsamund mit jeder nur möglichen legalen und illegalen HilfeStudienanforderungen absolviert,muß allgemein werden.Voraussetzung dafür ist,daß wir unsere einsicht über die Unvernunft und luxuriöse Unwissenschaftlichkeit dieses Studiums in Handeln übersetzen und jegliche Leistung dem routinierten Wissenschaftsbetrieb gegenüber von jedem Rest libidinöser Besetzung befreien.Mit der Rationalisierung , daß das"linke" Referat ,die "linke" Klausur und Staatsexamensarbeitdas Studium vernünftiger oder gar erträglich machen,täuschen wir niemand als uns selbst.
Mit der kollektiven Selbsthilfe werden wir in großem Umfang bei den Germanistischen Proseminaren II beginnen.Wenn wir angekündigt haben daß xxxx wir die Veranstaltungen von Brackert und seiner Gang in diesem Semester verhindern werden,wollen wir doch keinen Zweifel daran lassen,daß sich diese Aktion ausschließlich gegen die Betreffenden Lehrenden richtet.Wir werden mit älteren Genossenmit den Arbeitsgruppen der Proseminare Kollektive bilden,die gemeinsam die Hausarbeit anfertigen werden .Die Organisation dieser Gruppen in denen wir die studentische Solidarität dem Prüfungsterrorismus entgegenstellen werden, vereinbaren wir Freitag ,den 4.7. 69, 14.oo Uhr im Studentenhaus Raum 106 .

Das System KOLLEKTIVER SELBSTHILFE kann nicht bedeuten,daß wir uns auf eine Tolerierung der herrschenden Unvernunft einlassen.Wir werden wieterhin die Veränderung und schließliche Abschaffung der Prüfungen und die Etablierung studentischer Seminare erkämpfen. Darin hat Syndikalismus als organisierte Interessenvertretung Unterprivilegierter sein Recht.Aber die Erfahrungen der Vergangenheit werden uns davor bewahren,wieder in die Fehler syndikalistischer Politik zu verfallen:die Hoffnung,antagonistische Interessen von Studenten und Lehrenden in einem ausgeglishenen System von Mitbestimmung zu harmonisieren, ist nachdrücklich an der hartnäckigen Borniertheit der Lehrenden zerschellt,die nie einen Kompromiß zustande brachten,der die Studenten nicht kompromittiert. Liberal reden und brutal entscheiden, - das eine ist die Maske, das andere das wahre Gesicht professoraler Politik.

KOOPERATION MIT SCHÜLERN

Daß gerade die Germanisten beginnen, mit den Schülern zusammenzuarbeiten, hat seinen Grund darin, daß 85% der Germanistikstudenten später als Lehrer arbeiten werden. Zu einem Zeitpunkt, da der Versuch, die Universität kurzfristig zu verändern, gescheitert ist und die Notwendigkeit einer langfristigen Organisation zusammen mit anderen Gruppen außerhalb der Uni einsichtig wurde, fingen Teile der BG Germanistik aus der Perspektive der Berufserwartung an, Kontakte zur Schülerbewegung zu suchen und selbst dort aktiv mitzuarbeiten.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Denn natürlich kann es für uns nicht darum gehen, in unserer späteren Brufspraxis die Individuen in den autoritären Formen und d über die funktionalen Inhalte so zu sozialisieren, wie das in der Technokratie in noch stärkerem Maße der Fall sein wird als bisher, sondern wir müssen darauf hinarbeiten, immer mehr Individuen, auch klassenmäßig privilegierte, aus der autoritären Sozialisation herauszubrechen und für den Widerstand zu aktivieren. Das Scheitern des Frankfurter SLB zeigt, daß einer syndikalistisch-berufsständischen Organisation eine solche Praxis nicht möglich ist, da einmal die Vereinzelung der linken Lehrer anden Schulen und zum anderen die auf Vertretung gewerkschaftlicher Interessen bedachte Politik nur ängstliche Defensivrangeleien zuläßt, die nur allzuleicht zu kontrollieren sind. Die einzige Möglichkeit effektiver Arbeit an der Schule ist die kollektive Organisation derjenigen, die das revolutionäre Subjekt der Schule sind: den Schülern.

Vorbereitung auf die Schulpraxis heißt daher vordringlich die Aktivierung und Konsolidierung der Schülerbewegung. Allerdings muß man sich dabei vor der Illusion hüten, aus dieser Arbeit unmittelbar Handlungsanweisungen für den späteren Unterricht ziehen zu können.

II

Konkret stellen sich folgende Aufgaben für Studenten in der Schülerarbeit: Zur Zeit bestehen an einzelnen Schulen bereits Kader sozialistischer Schüler, an anderen Schulen müssen sie noch initiiert werden. Die Hilfeleistung bei dem Aufbau solcher Kader an den einzelnen Schulen ist eine wichtige Funktion für Studenten. Abgesehen von technischen Hilfeleistungen können die Studenten auch durch Teilnahme an taktischen und strategischen Diskussionen bestehende Kader wirksam unterstützen, da diese Gruppen, isoliert von der übrigen Schülerbewegungen, oft Gefahr laufen, einen reformistischen Kurs einzuschlagen oder (und) ohne organisatorische Perspektive Aktion auf Aktion abzuziehen.

Zur Politisierung von Schülern scheint auch die Organisation auf Klassenebene noch Erfolgsaussichten zu haben. Die Diskussion über bestimmte Themen, die den Schülern von der Schule verweigert werden und daher für sie von besonderem Interesse sind, lassen sich Bewußtseinsprozesse in Gang setzen und Kenntnis vermitteln, die es auch bisher unpolitischen Schülern ermöglichen, gesellschaftliche Zusammenhänge zu durchschauen. In solchen Diskussionen haben die Studenten ihre Informationsvorsprünge so einzubringen, daß die Schüler ohne äußeren Druck daraus lernen. Diese Klassenbasisgruppen sind eine Art experimentelle Wissensübermittlung, aus denen sich, nach etwas mehr Erfahrung, vielleicht Rückschlüsse für die Praxis als Lehrer ziehen lassen.

Da sich erwiesen hat, daß die einzelnen Gruppen so unmittelbar nicht koordinierbar sind, eine gemeinsame Strategie andererseits aber notwendig ist, um die Unsicherheit und die Fehler der Kader zu vermeiden, sollen für die Frankfurter Schülerbewegung drei Projektgruppen eingerichtet werden, die zu strategisch wichtigen Fragen der Schülerbewegung arbeiten: 1. Schulung, wo die Veränderung der bisher praxisfremden und isolierten theoretischen Arbeit zugunsten kollektiver Aneignung sozialistischen Wissens vorbereitet werden soll, d. h. es sollen schulsoziologische Texte, Literatur zur Schülerbewegung, Psychoanalyse, Politökonomie und Arbeiterbewegung zusammen-

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

gestellt und Formen kollektiver Arbeit diskutiert werden. 2. Technokratische Schulreform. Da die technokratischen Reformen in Gestalt etwa der Oberstufenreform im Moment aktuell sind, ist es notwendig, sie zu analysieren und Agitationsmodelle dagegen zu erarbeiten. 3. Organisation, Aktion und Agitation. Die bisherigen Aktions- und Agitationsmodelle der Schülerrevolte liefen auf eine Massenmobilisierung der gesamten Schülerschaft hinaus, die organisatorisch auch deshalb folgenlos blieb, weil die klassenspezifische Situation der mobilisierten Zielgruppe nicht berücksichtigt wurde. Das macht die Reflexion nötig, wie in neue Aktions- und Agitationsformen von vornherein der Aspekt der späteren Organisation der mobilisierten Schülern hineingenommen werden kann.

Da die Studenten, die Schülerarbeit machen wollen, in der Teilnahme an diesen Projekten am meisten für die Arbeit in den Gruppen an den Schulen lernen können, müssen sie sich massenhaft daran beteiligen.

Als weitere Perspektive, die sich aus der Empirie der antiautoritären Bewegung auf dem Land ergeben hat, die zeigt, daß diese Schüler am ehesten politisch zu erreichen sind und sich auch am ehesten organisieren, läßt sich die von Reisekadern angeben, die die Aufgabe einer Remobilisierung der Schülerrevolte auf dem Lande wahrzunehmen hätten. Voraussetzung dafür wäre, die Aufarbeitung einer Analyse der unterschiedlichen Sozialisation in Groß- und Kleinstädten, da praktische Erfahrungen aus den Metropolen nur sehr vorsichtig auf Landgymnasien übertragen werden dürfen. Allein die dortigen sozialistischen Schüler in einen Kommunikationszusammenhang zu stellen, der AUSS nicht herstellen kann, und ihnen zu helfen, sich im aktiven Widerstand gegen Verhältnisse an den Schulen zu organisieren, die zum Großteil noch Relikte aus frühbürgerlichen Zeiten sind, wäre notwendig.

III

Für die Organisation des Studiums ergeben sich zwei Rückschlüsse. 1. das Sozialisationsprojekt muß fortgesetzt werden, um langfristig wissenschaftlich fundierte Anleitungen für die revolutionäre Berufspraxis zu erarbeiten. 2. Da einerseits die theoretische Arbeit kurzfristig Ergebnisse für die Arbeiten der Schülerbewegung liefern muß, es andererseits nicht angeht, daß wir im Seminar Theorien auskochen, die wir dann den Schülern aufoktroyieren, müssen die drei Projektgruppen der Frankfurter Schülerbewegung, institutionell abgesichert, in der Universität stattfinden. Die Schüler sollen in der Uni nicht von uns, sondern mit uns lernen. Daß eine außeruniversitäre Gruppe sich Arbeitsplätze in der Universität schafft, leitet eine Entwicklung ein, an deren Ende die Volksuniversität stehen würden Eine Uni, die nicht mehr den Interessen des Industriekapitals, sondern der Emanzipation der unterdrückten Klassen dient.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

16.7.69

GENOSSEN SOLIDARISIERT EUCH MIT DEM KAMPF DER SOZ-VORDIPLOMANDEN!!!

Leistet massiven Widerstand gegen den von Rüeeg bereits angeforderten militanten Polizeieinsatz am Montag den I4.7. IO Uhr, Hörsaal I (Dienstag I5.7. VWL - Klausur, IO Uhr Hörsaal I; Mittwoch I6.7. Statistik -Klausur, IO Uhr Hörsaal I).

Um den ordnungsgemäßen Verlauf der Klausuren zu gewährleisten hat Rüeeg: I. Polizeieinsatz beordert

II. zwei seiner Spitzel beauftragtAusweiskontrolle durchzuführen und Aufsicht während der Klausuren zu führen, um Diskussionsteilnehmer zu registrieren und bei Weiterführung der Diskussion die Polizei anzuweisen einzugreifen.

III. die Assistenten gezwungen eine Dienstanweisung zu unterschreiben: sich strikt an die Vorschriften der Prüfungsaufsicht zu halten, d.h.z.B. daß sie die Nahmen der "Störer" = Diskussionsteilnehmer angeben müssen.

Schüttes Forderung: "an den Vordiplomandensolle ein exemplarischer Fall statuiert werden", hat Rüeeg auf das Sorgfältigste vorbereitet und organisiert.

KÄMPFT MIT UNS GEGEN DEN PRÜFUNGSTERROR!!!!

KOMMT MASSENHAFT!!!!

WIDERSETZT EUCH MIT UNS GEMEINSAM DER GEPLANTEN VOLLSTRECKUNG DIESES " EXEMPLARISCHEN FALLS " !!!!!!!!!

kampfgruppe der vordiplomanden

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

14. Juli 1969

GENOSSEN SOLIDARISIERT EUCH MIT DEM KAMPF DER SOZ-VORDIPLOMANDEN!!!

Leistet massiven Widerstand gegen den von Rüeeg bereits angeforderten militanten Polizeieinsatz am Montag der I4.7. IO Uhr, Hörsaal I (Dienstag I5.7. VWL - Klausur, IO Uhr Hörsaal I; Mittwoch I6.7. Statistik -Klausur, IO Uhr Hörsaal I).

Um den ordnungsgemäßen Verlauf der Klausuren zu gewährleisten hat Rüeeg: I. Polizeieinsatz beordert

II. zwei seiner Spitzel beauftragt Ausweiskontrolle durchzuführen und Aufsicht während der Klausuren zu führen, um Diskussionsteilnehmer zu registrieren und bei Weiterführung der Diskussion die Polizei anzuweisen einzugreifen.

III. die Assistenten gezwungen eine Dienstanweisung zu unterschreiben: sich strikt an die Vorschriften der Prüfungsaufsicht zu halten, d.h. z.B. daß sie die Nahmen der "Störer" = Diskussionsteilnehmer angeben müssen.

Schüttes Forderung: "an den Vordiplomanden solle ein exemplarischer Fall statuiert werden", hat Rüeeg auf das Sorgfältigste vorbereitet und organisiert.

KÄMPFT MIT UNS GEGEN DEN PRÜFUNGSTERROR!!!!
KOMMT MASSENHAFT!!!!
WIDERSETZT EUCH MIT UNS GEMEINSAM DER GEPLANTEN VOLLSTRECKUNG DIESES " EXEMPLARISCHEN FALLS " !!!!!!!!!

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

kampfgruppe der vordiplomanden

14. Juli 1969

WAHLHELFER FÜR DIE ADF!

Warum unterstützen wir die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) im Wahlkampf ?

Das Bonner Parlament vertritt alles, nur nicht die Volksinteressen. Das Monopolkapital befindet sich auf dem Weg von der verschleierten Herrschaft zum direkten, ungeschminkten Diktat. Stationen auf diesem Weg sind Stabilisierungsgesetze, Konzertierte Aktion, NS-Verfassung, Ordnungsrecht.

Die NPD propagiert heute am lautesten die reaktionären, expansionistischen, volksfeindlichen Forderungen des Großkapitals, damit in ihrem Windschatten die CDU/CSU unbemerkt den nächsten Schritt nach rechts tun kann.

Integration und Terror sind nur zwei Seiten einer Medaille, des von oben mit allen Mitteln geführten Klassenkampfes.

Kampf im Parlament ist eine unserer Kampfformen, der verlängerte Arm der außerparlamentarischen Aktion. Die Masse der arbeitenden Bevölkerung wird nur dann die Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus erkennen, wenn sie sieht, daß ihre berechtigen Forderungen zwar vorgebracht, aber im Parlament des Großkapitals nicht durchgesetzt werden können. Abstrakte Belehrung genügt nicht.
Jede Debatte im Bundestag muß in den Dienst der Bewußtseinsbildung der Massen gestellt werden, muß auf die Aktion im Betrieb, an der Hochschule, auf der Straße und auf die Entwicklung einer außerparlamentarischen Gegenkraft orientiert sein.

Das Einwerfen eines Stimmzettels alle 4 Jahre ist noch keine Demokratie. Trotzdem wollen die Herrschenden durch Wahlrechtsreformen (die nur die Linke treffen würden) im Bundestag unter sich bleiben. Nur so kann das Parlament nach ihrer Ansicht seine Verschleierungsfunktion voll erfüllen.

Man sollte es der herrschenden Klasse nicht zu leicht machen, wenn sie das Parlament benutzen will, um 'legal' zur offen terroristischen Diktatur überzugehen.

W a h l k a m p f ist
- eine Form der Aktion, die unmittelbar auf Bewußtseinsveränderung zielt, weil sie der Verschleierungsdemagogie der Herrschenden und der Parteien des Großkapitals direkt entgegentritt;
- eine Form der Aktion, in der sich das Bündnis zwischen Studenten und Arbeitern und allen Kräften, Klassen und Schichten, die heute vom Monopolkapital bedroht sind, unmittelbar verwirklicht;
- Teil des antifaschistischen Kampfes gegen Thadden, Springer und Strauß.

Die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) wird u.a. unterstützt von der Deutschen Friedens-Union, der Deutschen Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend , vielen Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten, zahlreichen studentischen und Jugendgruppen.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

FÜR DAS WINTERSEMESTER 69/70 SCHLAGEN WIR DER VOLLVERSAMMLUNG FOLGENDE SEMINARE VOR :

1. BÜRGERLICHE GESCHICHTSPHILOSOPHIE (Fortsetzung von:Literaturtheorie und Wissenschaftstheorie)

Die Mitglieder dieses stud. Seminars haben sich entschlossen, im Wintersemester ein weiteres Seminar durchzuführen. Es liegen zwei Konzeptionen vor: 1) Wiederholung eines Einfü rungsseminars mit fachimmanenter Kritik germanistischer Standardwerke, mit Rücksicht auf die Studienanfänger im nächsten Semester. 2) Konsequente Fortführung der bisherigen Arbeit, über die Fachgrenzen der Germanistik hinaus. Der Vorschlag, die bürgerliche Geschichtsphilosophie zum Thema zu machen, hält sich zwar an das zweite Konzept, kommt aber dem ersten entgegen. In den Geschichtstheorien, die das aufgeklärte Bürgetum im Kampf gegen die politische Herrschaft des Adels und gegen die geistige der Kirche entwickelt, ist einerseits die Germanistik, welche sie spezialistisch verengt hat, in nuce angelegt.und mit ihren theortischen Positionen aus ihnen historisch zu bestimmen. Anderseits enthalten sie einen Begriff gesellschaftlicher Arbeit, dessen historisch-konkrete Weiterbestimmung es vor allem ist, was dem technokratisch determinierten arbeitsteilig reduzierten Zeitbewußtsein heute theortisch entgegengesetzt werden muß. Die weitere Diskussion wird in einer Vorbereitungsgruppe fortgeführt werden, die sich während der Semesterferien treffen wird (zum erstenmal Montag,14.7.,19.00 h,Stud-Haus,R. 105)

2. ANALYSE UND KRITIK GERMANISTISCHER PRÜFUNGEN

Mit der Kritik am germanistischen Studium muß sich notwendig die Kritik am Prüfungssystem verbinden. Langfristig heißt Kritik der Prüfungen ihre Abschaffung, kurzfristig heißt es, den Januskopf der Prüfungen erkennen: im Examen werden keine wissenschaftlichen Leistungen abverlangt. Andererseits aber eigenn wir uns unter dem disziplinierenden Prüfungsdruck ungeheure Stoffmassen an, lediglich deshlab, weil sie im Examen abgefragt werden könnten. Daß es stimmt, daß diese Prüfungen wenig verlangen,bzw. daß man es sich leicht machen kann, wird das Seminar erarbeiten. - Nirgendwo an dieser Universität lassen sich verbindliche Angaben über die wirklichen Prüfungsanforderungen einholen, dem entsprechen Hilfslosigkeit und Unsicherheit der Lehrenden, was die Kriterien der Berwertung von germanistischen Prüfungen angeht.
Das Seminar wird also, solange das Studium in dieser Form noch besteht, eine praktikable Studienordnung erarbeiten, die wissenschaftliche Kriterien der Prüfung als Selbstkontrolle liefert und die die Studenten von irrationalen Leistungs- und Prüfungszwängen entlastet und es ihnen ermöglicht, die Zeit des Studiums weitgehend zu Aneigunung nützlichen Wissens zu verwenden. (Ferienvorbereitung beginnt Dienstag,15.7.,19.00 h,R.105)

3. MÖGLICHKEITEN NICHT-AFFIRMATIVER BERUFSPRAXIS IN DER SCHULE

Die Germanistik hat schon eh und je ihre Berufsperspektive: den Lehrerberuf verleugnet. Die Berufsperspektive geht als kritisches Korrektiv nicht in das Studium ein. Dem Heruntergekommenen Praxisbegriff entspricht die Hospitation. Vereinzelt und ohne Zusammenhang mit den Inhalten des Studiums geht der Student zu einem zufälligen Zeitpunkt zu einer zufälligen Schule, um die lästige Pflicht der Hospitation hinter sich zu bringen.

b.w.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Die Berufspraxis ins Studiums hereinnehmen: diese Forderung von Studenten, die ihr Studium verändern, kann nicht heißen, affirmativ den bestehenden Schulbetrieb betrachten und sich auf die elenden Verhältnisse dort einrichten. Genauso wenig dürfen wir uns zu Handlangern der technokratischen Schulreform machen. Hineinnahme der zukünftigen Berufspraxis als Lehrerins Studium meint Kritik des bestehenden Schulsystems - der Unterdrückung von Schülern und Lehrern - und Anweisungen zu seiner Veränderung. Vereinzelt werden wir uns diese Aufgabe nicht einmal stellen, geschweige denn lösen können. Wir werden unsere Hospitationen (vermutlich im Frühjahr in der Nordweststadt) Gesamtschule kollektiv vorbereiten, kollektiv durchführen und kollektiv diskutieren. Dazu schlagen wir vor: Wir installieren ein Seminar "Möglichkeiten nicht-affirmativer Berufspraxis in der Schule". Dieses Praxisseminar betreibt in seinem ersten Teil zur Vorbereitung der Hospitation Analysen von Schulstrukturen (in Zusammenarbeit mit ähnlichen Projekten bri den Pädagogen, AfE, Historikern, Politologen). Zwei Vormittage in der Woche gehen wir gemeinsam an eine bestimmte Schule; in einer zusätzlichen Seminarsitzung werten wir die Erfahrungen aus. In einem Bericht werden wir unsere Arbeit, die politischen und wissenschaftlichen Erfahrungen aus der Hospitation, veröffentlichen, der die Grundlagr für weitere Projekte ähnlicher Art sein kann.
(Ferienvorbereitung beginnt Mittwoch, 16.7., 19.00, Stud.-Haus, R.105)

---

4. POLITISCHE ÖKONOMIE

Die studentische Kritik an den Methoden und Gegenständen der germanistischen Seminare leidet daran, daß sie ihre Position, wie sehr diese der empirisch literaturwissenschaftlichen auch überlegen ist, aus Mangel an sozialgeschichtlichen Kenntnissen gegen Detaileinwände nicht behaupten kann. Daher ihr Ausweichen in allgemeine Fragestellungen was ihr den Vorwurf des Vulgärmarxismus eingetragen hat.
Es ist darum nötig, daß wir die historische Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit genauer studieren; nur darf daraus keine empirische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte werden. Wir müssen die verschiedenen historischen Gesellschaftsformen als Organisationsversuche des sozialen Lebens bei einem bestimmten Entwicklungsstand der menschlichen Arbeitskraft analysieren und ihre Abfolge wie Übergänge in einem zu erarbeitenden geschichtsphilosophischen Konzept zu bestimmen suchen. Das allein ist das Fundament für eine erkenntnisfähige radikale Kritik der Germanistik wie der Kulturwissenschaft überhaupt. (Ferienvorbereitung beginnt Donnerstag, 17.7., 19.00, R.105)

---

5. KULTURREVOLUTION IM ORGANISIERTEN KAPITALISMUS

Seit es die Große Proletarische Kulturrevolution gibt sind Anstrengungen auf die Frage verwendet worden, wie kulturrevolutionäre Prozesse im organisierten Kapitalismus aussehen könnten. und in welchem Verhältnis sie zu einer umfassend revolutionären Bewegung in den Metropolen stehen (Mai-Revolte). Dieses Seminar soll analysieren, wie und ob literarische und in weitestem Umfang kulturelle Produktion (Film, Fernsehen, Agitprop. Theater) und die Wissenschaften dieser kulturellen Produktion sich verändern müssen, um kulturrevolutionäre Prozesse innerhalb und außerhalb der kulturproduzierenden und kulturverwertenden Institutionen in Gang zu setzen. Dabei haben wir uns die Frage zu stellen, was überhaupt die kulturrevolutionären Vorgänge etwa im Pariser Mai mit der Kulturrevoluzion in Rußland und in China vergleichbar macht. Die Frage, ob und welche Möglichkeiten nicht-affirmativer Berufspraxis, außerhalb der Schule es gibt, schließt sich daran an. Was Kunst und was Germanistik tatsächlich leisten können, wenn sie verändert werden, hätte dieses Seminar zu thematisieren. (Ferienvorbereitung beginnt Freitag 18.7., 19.00 h, Stud.-Haus, R.105)

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

6.9.69

PSYCHOLOGIE PSYCHOLOGIE PSYCHOLOGIE PSYCHOLOGIE PSYCHOLOGIE PSYCHOL

Das Ordnungsrecht sieht vor, daß gegen Studenten, die Vorlesungen "stören", Ordnungsmaßnahmen ergriffen werden können.

WAS HEISST HIER STÖRUNG ?

" Gegen einen Studenten, der die Ordnung der Universität und ihrer Veranstaltungen stört, können Ordnungsmaßnahmen getroffen werden, insbesondere wenn er die Durchführung von Lehrveranszaltungen oder die Tätigkeit der Organe der Hochschule stört oder behindert oder in anderer Weisw...beinträchtigt." (OR § 52, 1,1)

KONKRET SIEHT DAS SO AUS

daß keine kritischen Fachfragen mehr zugelassen werden,

daß keine Stellenwertsreflexion der vermittelten Inhalte erlaubt wird, weder eine politische noch eine wissenschaftliche

STÖRUNG IST ALLES, WAS ÜBER STUMMES KONSUMIEREN DES STOFFES HINAUSGEHT

Beharrt man trotzdem auf einem kritischen Universitätsbetrieb, hakt das Ordungsrecht ein und bestimmt, daß "Störungen" nach sich ziehen:

"Versagung der weiteren Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen und der Benutzung von Einrichtungen der Universität." (OR § 52,3,3)

Man sieht, daß die Selbstorganisation der Studenten, sogar im Ansatz ihrer Artikulation, verhindert werden soll.

KRITISCHE STUDENTEN PASSEN NICHT AUF EINE TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULE! DAS ORDNUNGSRECHT SOLL DIE SELBSTORGANISATION DER STUDENTEN VERHINDERN UND DIE TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULE ETABLIEREN!
DAHER IST SELBSTORGANISATION DER STUDENTEN DER ERSTE WIDERSTAND GEGEN DASORDNUNGSRECHT UND DIE TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULE.

Die kurzfristige Einberufung der Fachschaftsvollversammlung ("Vorlesungsstörung"bei Tent) ist notwendig, um diese Problematik zu diskutieren und möglichst schnell zu praktischen Konsequenzen zu kommen. Andernfalls werden wir vom Ordnungsrecht überfahren!!!

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

11.1.69

THESEN ZUR BERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN STREIK IN DER BÜRGERLICHEN PRESSE
vorgetragen auf der Kundgebung am 12.9. auf dem Frankfurter Opernplatz

Die Reaktion der bürgerlichen Presse auf das Phänomen der wilden Streiks ist für uns nur interessant unter dem Aspekt ihrer unterschiedlichen Ausrichtung auf die Interessenlage ihrer Leserschaft. Wenn die Publikationsorgane der bürgerlichen Presse auch niemals in der Lage sein werden, eine adäquate Einschätzung politischer Phänomene zu geben, so haben sie doch in dieser durch den Streik gegebenen Situation ihre Funktion erkannt und offen wahrgenommen.

1. In allen Kommentaren wird die "konzertierte Aktion" als ein Instrument des rationalen Interessenausgleichs, gleichsam als Ausdruck kollektiver Vernunft gepriesen und in ihrer angeblichen Rationalität zum fadenscheinigen Argument hochstilisiert, gegen die als irrational diffamierte Streikbewegung.
So hat die Bild-Zeitung versucht, die Unvernunft dieses Streiks dadurch zu suggerieren, daß sie als nahezu einzige Information den Beschluß der Krankenversicherungen mitteilte, die Versicherungsleistungen für die Streikenden und ihre Familien während der Zeit des wilden Streiks auszusetzen.

2. In keiner der überregionalen Zeitungen wurden die Stellungnahmen der Streikenden selbst publiziert. Stattdessen wurden die Seiten gefüllt mit irrelevanten Verlautbarungen der anerkannten Institutionen, der Parteien und Gewerkschaften, oder den hilflosen Kommentaren ihrer Vertreter. Dadurch sollte demonstriert werden, daß der Zustand, daß die Gewerkschaft die Kontrolle über die streikenden Arbeiter verloren hat, nicht mehr lange andauern könne. Lediglich die Frankfurter Rundschau antizipierte die mögliche Entwicklung einer außergewerkschaftlichen Opposition.

3. Aus der Machtlosigkeit der Gewerkschaften zogen die liberale und die explizit reaktionäre Presse unterschiedliche Konsequenzen: Die liberale Presse hat die Gewerkschaften aufgerufen, die legitimen Forderungen der streikenden Arbeiter aufzunehmen, und sich damit Einflußmöglichkeiten auf die Dauer des Streiks zu verschaffen, um zu verhindern, daß sich eine Opposition gegen die Gewerkschaften bildet, die bewußt politisch und organisatorisch das weitertreiben könnte, was faktisch mit diesen wilden Streiks schon eingeleitet ist. Während im Gegensatz dazu die reaktionäre Pressen den Gewerkschaften nahelegt, den Lohnforderungen nicht nachzukommen, um "die Balance der Wirtschaft nicht unvernünftig zu verändern". Die FAZ und das Handelsblatt als die Presseorgane des Top-Management mußten sowohl die hohen Lohnforderungen als "lohnpolitische Freibeuterei" bezeichnen, als auch den schwindenden Einfluß der Gewerkschaftsführung als eine Gefahr fürdie in der freiheitlichen Rechtsordnung verankderte Tarifautonomie der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände werten.

4. Die Verunsicherung, die dadurch entstand, daß man das Phänomen des wilden Streiks nicht in das ideologische Bezugssystem herkömmlicher Berichterstattung einzuordnen vermochte, sollte reduziert werden, indem dieser Streik auf die Initiative "linksextremistischer Kräfte" zurückgeführt wird. Gleichzeitig aber sollen dergleichen Hinweise auf die Gefahr kommunistischer Umtriebe und studentischer Rädelsführerschaft die möglichen Tendenzen einer Solidarisierung von seiten der nicht unmittelbar betroffenen Arbeiter abbauen.

So können wir zwischen vier Typen der Berichterstattung differenzieren, die im Zusammenhang mit der Streikbewegung deutlich wurden: a) die Massen- und Boulevardpresse, die sich direkt an die Streikenden und nicht streikenden Arbeiter wendet, mit der Intention, die Isolation der Streikenden von den anderen zu verstärken, b) die reaktionäre Bildungspresse, die sich als konstituierendes Element des Klassenbewußtseins der Herrschenden versteht und deren Interessen formuliert, c) die liberale Presse sieht den Streik als die Folge technischer Pannen im Konfliktmanagement und leitet daraus die Notwendigkeit einer Neudefinition der Tarifbestimmungen ab. d) Eine klassenbewußte Presse aber, die sowohl die Streikenden unterstützt als auch Aktionen einer bestehenden Avantgarde einleitet und koordiniert, existiert in den Köpfen der Genossen, die die Notwendigkeit solcher Publikationsorgane auf Bundesebene einsehen.

Daniel Cohn-Bendit

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

1. Dez. 1969

SPARTAKUS - Assoziation marxistischer Studenten - SPARTAKUS

Was tun mit dem VDS?

Nachdem der VDS im Verlauf der letzten Jahre begann, sich als Instrument im Kampf um die Ziele der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung zu verstehen, ergriffen die Herrschenden sofort Maßnahmen gegen diese Bestrebungen. Zwei Taktiken haben sich bald herausgebildet. Die eine ist: Der VDS soll liquidiert, in Gestalt des Spaltervereins ADS soll ein neues und der Politik der Herrschenden willfähriges Instrument geschaffen werden. Die andere ist: Der VDS soll zwar der Form nach erhalten bleiben, aber dem politischen Zweck nach soll er umfunktioniert werden zum Integrationsinstrument der Herrschenden gegen die oppositionelle Studentenbewegung. - Die SPD-Baracke in Bonn arbeitete schließlich auf eine Verschmelzung beider Taktiken hin: Fusion von VDS und ADS mit dem Effekt einer einheitlicheren und schlagkräftigeren Wahrnehmung der Interessen der Herrschenden.

In dieser Situation übernahm der SDS die Führung des VDS. Daraus wurde ein Lehrstück für absolute Unfähigkeit zu sozialistischer Politik. Unter völliger Ignoranz der Gegebenheiten sollte der VDS in einen "sozialistischen Kampfverband" umgewandelt werden, anstatt - was etwas vollkommen anderes ist - den VDS tatsächlich als Instrument sozialistischer Politik einzusetzen. Infolge ihrer Unfähigkeit, ihren Anspruch einzulösen, traten die großen revolutionären Führer von ihren VDS-Posten zurück. Aber nicht nur das: der "untaugliche" VDS (richtig: die untaugliche Politik) soll jetzt wegen seiner "Untauglichkeit" "zerschlagen" werden. Erster Schritt in dieser Richtung war der Auszug einer SDS-Fraktion aus der jüngsten Hamburger VDS-MV, wodurch sie beschlußunfähig gemacht wurde.

Diese Politik - "sozialistischer Kampfverband", unvermittelter Rücktritt, Auszug und "Zerschlagungs"-Absichten - hat den VDS völlig überflüssigerweise in eine neue Existenzkrise gestürzt, die durch Bildung eines SHB-Notvorstandes nur notdürftig überwunden ist. Durch diese Politik ist die Gefahr enorm gewachsen, daß die rechte SPD-Führung durch Druck und Angebote verschiedenster Art ihre Vorstellungen durchsetzt: daß der VDS mit linken Phrasen die "Reformen" schmackhaft macht.

Der Klassencharakter dieser Bildungs- Hochschul-"Reformen" ist an klaren Kriterien aufzuweisen: Aufrechterhaltung des bürgerlichen Bildungsprivilegs, Absicherung der staatsmonopolistischen Lenkung durch Kuratorien, Dirigismus, mangelnde finanzielle Grundausstattung der Institute und weitere Öffnung fürs Kapital, unkritische Ausrichtung des Studiums auf fachidiotische Berufsbilder einerseits und Heranzüchtung einer "loyalen", hochdotierten Wissenschaftler-"Elite", Militarisierung der Forschung und Ausbildung, Verstärkung der politischen Formierung und des Anpassungsdruckes, keine Mitbestimmung als demokratische Kontrolle, sondern bestenfalls Fassade zur Integration und "Nutzbarmachung studentischer Initiative" für den herrschenden Betrieb und Zermürbung oder Integration oder notfalls auch Zerschlagung der Studentenvertretung.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

414-07

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

ZWEIERLEI REFORMPOLITIK oder: VDS, letzter Akt

2. Dez. 1969

Vor einem halben Jahr hatte der SDS den halbstaatlichen Dachverband VDS übernommen, mitte November hat er ihn demonstrativ verlassen. Die etablierte Presse hat im Verein mit scheinheiligen als auch gutwilligen Reformern à la SHB und ADS diese Entwicklung fast ohne Ausnahme als blöd a Skandal oder in Form blöder Gerüchte dargestellt. Wir antworten darauf nochmals mit einer Kritik an zwei Varianten studentischer Reformpolitik.

Zuerst fällt es auf, daß der VDS, der doch die Interessen der Studenten vertreten will, den meisten überhaupt nur dem Namen nach bekannt ist. Faktisch ist er verstrickt in den Bonner Regierungsapparat, sozusagen ein kleines Stück staat und ohne praktische Beziehung zu den studentischen Massen: Institutionen wie der VDS sind dort, wo die Massen nicht sind. Als eine solche Institution mit parlamentarischem und bürokratischem Aufbau steht der Dachverband vor einer peinlichen Alternative; entweder er betreibt eine staatsfromme Studenten-Lobby bei der Ministerialbürokratie oder er fordert lautstark und erfolglos alle möglichen Reformen.

Der SDS hat den Verband übernommen, nachdem dessen liberale Reformpolitik gescheitert war. Wir haben ihn deshalb als ein Hilfsmittel zur materiellen Unterstützung der anti-autoritären und sozialistischen Bewegung benutzen wollen. Die Reaktion folgte sofort:

- die Bundesregierung stoppte alle Gelder und forderte aus alten Jahren hohe Summen zurück,
- Rektoren wie Konterstratege Rüegg sperrten die Mitgliedsbeiträge der einzelnen ASTEN, während in anderen Bundesländern die ASTEN staatlich liquidiert wurden,
- sozialdemokratische und liberalistische ASTEN zahlten nicht und führten stattdessen kostspielige Prozesse gegen den Vorstand, um ihre politische Richtung zu erzwingen,
- die Presse schließlich feierte es als Skandal, daß die restlichen Mittel für revolutionäre Gruppen und Projekte verwandt wurde, bzw. setzte Klatsch und Gerüchte in die Welt.

Wir haben aus dieser Reaktion gelernt, daß ein einzelner Teil des etablierten Institutionensystems nicht einfach aus ihm herausgebrochen werden kann, diese Institution ist gemacht, um die herrschenden Interessen, die dann den Studenten als ihre Interessen aufgeschwatzt werden, unpolitisch zu verwalten.

Aber es geht jetzt nicht mehr um den unwichtigen Dachverband, sondern um die politischen Richtungen studentischer Interessenvertretung und Reformpolitik, nämlich einerseits die Koalition von SPDKP im SHB und andererseits die Reformtaktik der ADS (alias CDU & Co.) im falschen Gewande fortschrittlicher Sachpolitik. Beide Richtungen müssen vor den Hintergrund des Bonner Regierungswechsels kritisiert werden. Denn die herrschende Fraktion des autoritären Staates ist dringend darauf angewiesen, Kritik und Protest der Studentenrevolte ihrer technologischen Modernisierungspolitik im längerfristigen Interesse des Kapitals als Ganzem zunutze zu machen. Das heißt, das politische Engagement zumal der kritischen Studenten auf Reformforderungen reduziert, der revolutionäre Anspruch dagegen als illusionär und utopisch denunziert werden. Die Herren haben Angst nicht vor einem plötzlichen Bürgerkrieg, sondern davor, die Studenten wie die Arbeiter könnten die Ideologie studentischer und gewerk-

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

schaftlicher "Interessen" endgültig durchschauen und sich an die Geschichte revolutionärer Bewegungen erinnern.

Dieses Bewußtsein und seine praktischen Folgen zu verhindern, ist objektiv die Aufgabe der SHB,ADS & Co. Läßt sich aber die reaktionäre Absicht des ADS noch leicht entlarven, nämlich am braven Eingeständnis staatsloyaler Ziele, so ist die Kritik am SHB differenzierter zu führen, denn in den Parolen hat er sich der anti-autoritären Propaganda fast mimetisch angeglichen. Heute kommt heraus, was an unbewußten Kompromissen schon lange in die Protestbewegung eingegangen war. Deshalb läßt sich auch die sozialdemokratische Reformpolitik oberflächlich mit dem revolutionären Vokabular verbinden. Der SHB kann von Emanzipation reden und von "Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung" (SHB - Bundesdelegiertentreffen) - und steht doch als Verband auf dem Boden der Notstandverfassung . Seine Strategie ist der Weg der kritisch friedlichen Koexistenz mit der Staatsgewalt, seine Taktik ist der Appell an ständisches Interessenbewußtsein und an eine fragwürdige Vernunft (als Gegener einer fiktiven ästhetisierten Verweigerungsutopie, die dem SDS untergeschoben wird). Umso interessanter, daß der heruntergekommene Leninismus der DKP harmonisch mit dieser Richtung zusammenklingt.

Gerade im Wahlkampf ums Studentenparlament muß auf die Bedeutung dieser Kritik besonderes Gewicht gelegt werden,weil das parlamentarische Sandkastenspiel, das zur Anpassung an formale Regeln etabliert wurde, den Schein produziert, als ginge es im Ernst um die bessere oder schlechtere Vertretung studentischer Interessen. Das Gegenteil ist wahr:

"STUDENTISCHE INTERESSEN" SIND DIE THEORETISCHEN WIE PRAKTISCHEN AUFGABEN DER KRITISCHEN, ANTI - AUTORITÄREN UND REVOLUTIONÄREN INTELLIGENZ IM INTERNATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF GEGEN IMPERIALE GEWALT, AUSBEUTUNG, KLASSENHERRSCHAFT UND TÄGLICHE ENTMÜNDIGUNG !!

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de